Die Senatorin für Kinder und Bildung 26.02.2016
Thomas Jablonski
Tel. 361 12528

Bericht Nr. G 531/19

für die Sitzung der städtischen Deputation für Kinder und Bildung am …

unter Verschiedenes

Berichtsbitte zum Bündnis für Integration, Bildung und Betreuung

A. Problem

Die Abgeordnete Petra Krümpfer, Fraktion der SPD, bittet um einen Bericht über die Einberufung des Bündnisses für Integration, Bildung und Betreuung erbeten.

B. Lösung

Bremen steht im Bereich der Kindertagesbetreuung weiterhin vor großen Herausforderungen. Die Umsetzung der im Januar 2015 beschlossenen Ausbauplanung bis 2020 erfordert einen erheblichen zusätzlichen Mitteleinsatz, der im Rahmen des laufenden Haushaltsaufstellungsverfahrens abzubilden ist.

Die politischen Zielsetzungen einer aufholenden Entwicklung in Stadtteilen mit besonderen Handlungsbedarfen, die weiterhin positive Geburtenentwicklung und eine intensivere Inanspruchnahme des Rechtsanspruchs machen überdies einen weiteren quantitativen Ausbau erforderlich.

Parallel dazu muss die Qualitätsentwicklung intensiviert werden. Dazu zählen vor allem die Umsetzung der Inklusion schon im U3-Bereich, eine wirksamere Sprachbildung, eine breitere Umsetzung frühkindliche Bildungskonzepte und die Zusammenarbeit mit Schulen sowie eine bessere Qualifizierung zum Umgang mit Vielfalt.

Die Herausforderungen zur weiteren qualitativen und quantitativen Entwicklung werden durch die starke Zuwanderung von geflüchteten Familien noch größer. Der Senat geht von rund 1.500 zusätzlichen Kindern unter sechs Jahren in 2016 aus, die für eine wirksame Integration spätestens im Ü3-Bereich die Regelangebote zur Kindertagesbetreuung besuchen sollen.

Ein zusätzlicher Bedarf in dieser Größenordnung ist kurzfristig nicht allein durch die Schaffung zusätzlicher Einrichtungen zu bewältigen. Die Senatorin für Kinder und Bildung hat deshalb ein Drei-Drittel-Modell vorgeschlagen, dass auf ergänzende Brückenangebote, Erweiterung der Ausbauplanung und die Betreuung von mehr Kindern in den vorhandenen Räumlichkeiten setzt.

Die kurzfristigen und auch mittelfristigen Herausforderungen im Bereich der Kindertagesbetreuung erfordern wichtige grundsätzliche Entscheidungen der Beteiligten, die entsprechend vorbereitet und aufeinander abgestimmt werden müssen. Mit welchen Ressourcen können auch kurzfristig mehr Kinder betreut werden, wie ist die weitere Ausbauplanung zu gestalten, wie kann die bestehende Finanzierungssystematik weiter entwickelt werden, etc..

Um diese Fragestellungen unmittelbar mit den beteiligten Entscheidungsträgern zu erörtern und gemeinsam getragene Lösungswege zu entwickeln, hat die Senatorin für Kinder und Bildung das Bündnis für Integration, Bildung und Betreuung ins Leben gerufen. Gegenstand des Bündnisses ist die institutionelle Kindertagesbetreuung in der Stadtgemeinde Bremen.

In dem Bündnis sollen die verantwortlichen Entscheider/innen der Wohlfahrtsverbände, der Träger und des Ressorts Kinder und Bildung aktuelle Fragestellungen partnerschaftlich und auf Augenhöhe beraten, ein gemeinsames Verständnis von Herausforderungen und Handlungsoptionen entwickeln und Lösungsmöglichkeiten und Entscheidungen vorbereiten. .

Das Bündnis soll kein zusätzliches strategisches Entscheidungsgremium sein. Die Arbeit dient der Entscheidungsvorbereitung der bestehenden fachpolitischen Gremien, der operativen Umsetzung bereits getroffener Entscheidungen sowie der Beratung der zuständigen Senatorin.

Vertreten sind Arbeiterwohlfahrt, Bremische Evangelische Kirche, Caritas, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonisches Werk, Katholischer Gemeindeverband, Kita Bremen, der Paritätische, Verbund Bremer Kindergruppen Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und Pflegekinder in Bremen auf Vorstands- bzw. Geschäftsführungsebene.

Das Bündnis hat sich in der Sitzung am 28. Januar 2016 konstituiert und über die weitere Themenagenda beraten. Die zweite Sitzung soll im März/April stattfinden.

Es wurde die Einsetzung von zwei Arbeitsgruppen vereinbart:

In der Arbeitsgruppe „Angebotsplanung“ werden Fragen der weiteren Ausbauplanung von Regelangeboten sowie kurz- und mittelfristige Möglichkeiten zur Integration von Kindern aus geflüchteten Familien im Rahmen eines vorgeschlagenen Maßnahmen-Mix erörtert.

In der Arbeitsgruppe „Rahmenbedingungen und Finanzierung“ werden die Umsetzung Tarifabschluss, Investorenmodelle, Verfahren zur Ressourcenbemessung, sowie Grundsatzfragen der Finanzierungssystematik diskutiert.

Die Konstituierung der Arbeitsgruppen erfolgt ab dem 18. Februar. Dabei wird eine konkretisierte Themen- und Zeitplanung erarbeitet.

gez.

Jablonski